
Dekret für die Erneuerungswahlen der Bezirks- und Gemeindebehörden 2020

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz,

gestützt auf das Wahl- und Abstimmungsgesetz vom 15. Oktober 1970 (WAG, SRSZ 120.100), das Gesetz über die Organisation der Gemeinden und Bezirke vom 25. Oktober 2017 (GOG, SRSZ 152.100) und die Wahl- und Abstimmungsverordnung vom 16. November 2016 (WAV, SRSZ 120.111),

beschliesst:

1. Es werden folgende Termine für die Erneuerungswahlen der Bezirks- und Gemeindebehörden festgesetzt (§ 17 Abs. 1 WAG):
 - a) Erster Wahlgang für die Behörden der Bezirke und der politischen Gemeinden an der Urne: 17. Mai 2020;
 - b) allfälliger zweiter Wahlgang für die in Buchstabe a bezeichneten Behörden: 21. Juni 2020;
 - c) Wahlen der Bezirke und Gemeinden im Sinne von Buchstabe a im offenen Handmehr: bis 21. Juni 2020.
2. Am 17. Mai 2020 finden voraussichtlich eine eidgenössische und eine kantonale Volksabstimmung statt. Das Dekret für diesen Urnengang wird allenfalls später veröffentlicht.
3. Für das Anmeldeverfahren gelten folgende Termine:
 - a) Die Wahlvorschläge für die Behörden gemäss Ziff. 1 Bst. a müssen für den ersten Wahlgang vom 17. Mai 2020 bis spätestens Donnerstag, 12. März 2020, 09.00 Uhr, der betreffenden Bezirks- oder Gemeindekanzlei überbracht oder ihr spätestens auf diesen Termin hin zugestellt werden. Postaufgabe innerhalb der Frist genügt für die Fristwahrung nicht.
 - b) Die Wahlvorschläge für einen allfälligen zweiten Wahlgang vom 21. Juni 2020 müssen bis Mittwoch, 20. Mai 2020, 09.00 Uhr, der betreffenden Bezirks- oder Gemeindekanzlei überbracht oder ihr spätestens auf diesen Termin hin zugestellt werden. Postaufgabe innerhalb der Frist genügt für die Fristwahrung nicht.
4. Die Wahlvorschläge müssen folgenden Anforderungen genügen:
 - a) Jeder Wahlvorschlag muss eine Bezeichnung tragen, die ihn eindeutig von andern Wahlvorschlägen unterscheidet (§ 23a Abs. 4 WAG). Die zur Wahl vorgeschlagenen Personen müssen mindestens mit Name, Vorname, Jahrgang und Adresse bezeichnet sein (§ 23a Abs. 2 WAG). Die Wahlvorschläge dürfen nur Namen wählbarer Personen und höchstens so viele Namen enthalten, wie Sitze zu besetzen sind (§ 23a Abs. 3 WAG).
 - b) Die Wahlvorschläge müssen von den zur Wahl vorgeschlagenen Personen sowie je nach Einwohnerzahl des Gemeinwesens von mindestens fünf und höchstens 25 Stimmberechtigten unterzeichnet sein und eine Vertreterin oder einen Vertreter bezeichnen (§ 23b WAG).

5. Mit Bezug auf die Veröffentlichung, Herstellung und Zusendung der Wahlzettel ist zu beachten:
 - a) Die Bezirks- bzw. Gemeindekanzlei versieht die Wahlvorschläge mit einer Ordnungsnummer (§ 23c Abs. 1 WAG) und veröffentlicht die bereinigten Wahlvorschläge im Amtsblatt oder in ortsüblicher Weise (§ 23d Abs. 1 WAG).
 - b) Der Bezirk bzw. die Gemeinde erstellt Wahlzettel, auf denen die Bezeichnung, die Ordnungsnummer, ein amtlicher Stempel sowie mindestens Name, Vorname und Adresse der vorgeschlagenen Personen vorgedruckt sind sowie leere amtliche Wahlzettel. Den Vertretungen des Wahlvorschlags werden auf Wunsch vorgedruckte Wahlzettel gegen Erstattung der Selbstkosten zur Verfügung gestellt (§ 23d Abs. 2 WAG).
 - c) Die Bezirke bzw. Gemeinden senden die amtlichen Wahlzettel den Stimmberechtigten so zu, dass diese
 - spätestens am 24. April 2020 für den ersten Wahlgang vom 17. Mai 2020 sowie
 - spätestens am 11. Juni 2020 für einen allfälligen zweiten Wahlgang vom 21. Juni 2020in deren Besitz sind.
 - d) Kandidatinnen und Kandidaten, die im Anmeldeverfahren für die Wahlen vom 17. Mai 2020 zur Wahl vorgeschlagen aber nicht gewählt worden sind, gelten für einen allfälligen zweiten Wahlgang für das entsprechende Amt wiederum als vorgeschlagen. Ein Rückzug der Kandidatur muss schriftlich erklärt werden und spätestens am Mittwoch, 20. Mai 2020, 09.00 Uhr, bei der Bezirks- oder Gemeindekanzlei eintreffen (§ 23e Abs. 2 WAG).
6. Gewählt sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten, die das absolute Mehr erreicht haben (§ 41 Abs. 1 und 2 WAG). Im zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhalten hat (§ 43 Abs. 2 WAG). Vorbehalten bleibt eine stille Wahl im zweiten Wahlgang (§ 44a WAG).
7. Zur Ausübung des Wahlrechts sind Schweizerbürger und Schweizerbürgerinnen berechtigt, die im Bezirk bzw. in der Gemeinde als Niedergelassene wohnen, das achtzehnte Altersjahr erfüllt haben und nicht vom Stimmrecht ausgeschlossen sind (§§ 3 und 4 WAG).
8. Die Staatskanzlei stellt den Bezirks- und Gemeinderäten die zur Durchführung der Wahlen erforderlichen Drucksachen (Rücksendeküverts sowie Stimmküverts) rechtzeitig zu.
9. Die Bezirks- und Gemeinderäte werden auf folgende Obliegenheiten besonders hingewiesen;
 - a) Sie kündigen bis spätestens 6. März 2020 in ortsüblicher Weise den Wahltermin an unter Bekanntgabe von Ort und Zeit der Wahlen sowie der Behörden, die zu bestellen oder zu vervollständigen und der Sitze, die zu besetzen sind.

- b) Sie stellen die rechtzeitige Bedienung der Stimmberechtigten mit allen für die Stimmrechtsausübung notwendigen Unterlagen sicher (Ziff. 5 dieses Dekrets).
10. Wo die Behörden nicht im offenen Handmehr bestellt werden, sind die Wahlergebnisse durch die Bezirke und Gemeinden gemäss den Instruktionen der Staatskanzlei in WABSTI zu erfassen. Über das Ergebnis der geheimen Wahlen sind Protokolle in doppelter Ausfertigung zu erstellen. Die eine Ausfertigung des Protokolls ist sofort der Staatskanzlei zuzustellen (§ 85 Abs. 1 GOG). Für die Wahlen in die Bezirksbehörden in den Bezirken March und Höfe ist eine weitere Ausfertigung des Protokolls der betreffenden Bezirkskanzlei zuzustellen.
 11. Das Ergebnis von offenen Wahlen ist durch einen Auszug aus dem Bezirks-, bzw. Gemeindeversammlungsprotokoll der Staatskanzlei anzuzeigen (§ 85 Abs. 1 GOG).
 12. Das gebrauchte Material ist von den Bezirken und Gemeinden bis zur Erhaltung der Wahlen aufzubewahren; hernach ist es zu vernichten (§§ 34 und 35 WAG). Dazu stellt der Bezirks- bzw. der Gemeinderat nach Ablauf der Beschwerdefrist bzw. nach einer abgelehnten Beschwerde in einem formellen Beschluss fest, dass die Wahlen in die Bezirks- bzw. Gemeindebehörden gültig zustande gekommen sind (§ 52a GOG, Erhaltung).
 13. Für alle Einzelheiten des Verfahrens gelten die Vorschriften des Wahl- und Abstimmungsgesetz vom 15. Oktober 1970 (SRSZ 120.100), des Gesetzes über die Organisation der Gemeinden und Bezirke vom 25. Oktober 2017 (SRSZ 152.100) und der Wahl- und Abstimmungsverordnung vom 16. November 2016 (SRSZ 120.111).
 14. Dieses Dekret wird im Amtsblatt veröffentlicht und den Bezirks- und Gemeinderäten überdies in besonderen Abzügen zugestellt.
 15. Beschwerden gegen dieses Dekret sind gemäss § 53b WAG innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung beim Verwaltungsgericht einzureichen.

Schwyz, 19. November 2019

Im Namen des Regierungsrates:
Der Landammann: Kaspar Michel
Der Staatsschreiber: Dr. Mathias E. Brun